

Es werde Gerechtigkeit

Kunstmarkt Beim Bundespräsidenten hängt ein Gemälde von Spitzweg, das nun zum Restitutionsfall wird

Nicht zum ersten Mal wird jetzt der Bundespräsident in die Diskussion um die Raubkunst aus der NS-Zeit hineingezogen. Bislang erfolglos beanspruchen die Erben des Hamburger Sammlers Max Emden das Canaletto-Gemälde Zwingergraben in Dresden, das als Besitz der Bundesrepublik lange in einem Speisezimmer von Schloss Bellevue hing. Ein mit Spannung erwartetes Buch der Berliner Historikerin Monika Tatzkow und des Rechtsanwaltes Gunnar Schnabel belegt nun, dass auch ein Gemälde aus dem Bonner Amtssitz des Staatsoberhauptes von seinen jüdischen Vorbesitzern unter Druck verkauft werden musste. In dem Band *Nazi Looted Art* Handbuch Kunstrestitution weltweit, der Ende des Monats im Berliner Proprietas-Verlag erscheinen soll, dokumentieren Tatzkow und Schnabel, dass Carl Spitzwegs Gemälde *Fiat Justitia* bis 1937 dem Berliner Sammler Leo Bendel gehörte. Der Generalvertreter für Tabak- und Zigarettenpapierfabriken musste seine Sammlung verkaufen, weil er 1935 seine Position verlor und schließlich mit seiner Frau die Emigration nach Wien vorbereitete. Im Juni 1937 verkaufte Bendel den Spitzweg für 16000 Reichsmark an die Münchner Galerie Heinemann. Dass dieser Preis nicht dem Marktwert entsprach, zeigte sich zehn Monate später, als das Bild für 25000 Mark an Hitlers Kunsthändlerin Maria Almas verkauft wurde es sollte in Hitlers Großmuseum in Linz landen.

Leo Bendel wurde nach dem sogenannten Anschluss Österreichs verhaftet und ins Konzentrationslager Buchenwald deportiert, wo er im Frühjahr 1940 ums Leben kam. Seine Frau Else überlebte unter ärmlichsten Bedingungen in Wien. Ihre nach dem Krieg gegenüber deutschen Behörden geltend gemachten Entschädigungsansprüche wurden abgelehnt, weil sie keine ausreichenden Nachweise über den früheren Besitz beibringen konnte. Das Spitzweg-Gemälde übergaben die Alliierten nach dem Krieg als Teil der sogenannten Linzer Sammlung der Bun-

desrepublik Deutschland. Schon damals war, wie Dokumente belegen, Leo Bendel als Vorbesitzer bekannt. Sein Name sagte aber niemandem etwas. 1961 wurde die kostbare Leinwand unmittelbar dem Bundespräsidialamt zugeordnet. Sie zählte damit auch nicht mehr zu jenen Linzer Bildern in Bundesbesitz, deren Herkunft seit zwei Jahren das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen untersucht. Über eine Rückgabe soll nun in Kürze im übergeordneten Bundesfinanzministerium entschieden werden.

Mehr als 100 Fälle dokumentiert das Autorenpaar Tatzkow/Schnabel in seinem Handbuch, es werden nicht nur die jeweiligen gesetzlichen Grundlagen für eine Restitution erläutert, sondern auch die Biografien der jüdischen Sammler erzählt. Schon diese Einzelstudien machen, neben allen rechtlichen, historischen und kunstgeschichtlichen Informationen, den Band zu einem wertvollen Beitrag zur deutschen Raubkunstdebatte. Seine Lektüre führt vor allem zu einer Erkenntnis: Bei allem Streit um die fallweise auch vorhandenen wirtschaftlichen Hintergründe von Restitutionsforderungen steckt doch hinter jedem zurückgeforderten Bild das Schicksal eines Menschen, von dem heute oft nicht einmal mehr der Name im Bewusstsein geblieben ist. Deshalb ist es ein Skandal, dass nach wie vor die meisten deutschen Museen nicht bereit oder in der Lage sind, die eigenen Sammlungen auf Raubkunst zu überprüfen. Das Fehlverhalten einzelner Opfer-Anwälte kann kein Argument dafür sein, künftig insgesamt restriktiver zu restituieren. In einem Arbeitskreis, der am 29. Januar zum ersten Mal zusammenkommt, will Kultur-Staatsminister Bernd Neumann nach neuen Lösungen für dieses Problem suchen allerdings nur aus Sicht von Behörden und Museen: Opfervertreter sind nicht eingeladen.

Auch das Gemälde »Fiat Justitia« von Carl Spitzweg aus dem Jahr 1857 musste der Sammler Leo Bendel unter dem Druck des Nationalsozialismus verkaufen zu einem schlechten Preis

Stefan Koldehoff

Auch das Gemälde »Fiat Justitia« von Carl Spitzweg aus dem Jahr 1857 musste der Sammler Leo Bendel unter dem Druck des Nationalsozialismus verkaufen zu einem schlechten Preis /